

Dt.Freiwirtschaftsbund • Kopernikusstr. 8 • 56410 Montabaur

Redaktion, Layout, Versand: Michael Musil
56410 Montabaur, Kopernikusstr. 8
Tel. 02602-180150 mobil: 0171 933 9466
Mail: info@freiwlir.de

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 33 Januar-Februar 2009

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

Ich glaube an die Wahrheit

"Sie zu suchen, nach ihr zu forschen in und um uns, muss unser höchstes Ziel sein. Damit dienen wir vor Allem dem Gestern und dem Heute. Ohne die Wahrheit gibt es keine Sicherheit und keinen Bestand. Fürchtet es nicht, wenn die ganze Meute aufschreit.

Denn nichts ist auf dieser Welt so gehasst und gefürchtet wie die Wahrheit.

Letzten Endes wird jeder Widerstand gegen die Wahrheit zusammenbrechen wie die Nacht vor dem Tag."

Theodor Fontane (1819-1898)

Mit dieser Einleitung möchte ich auf einen Umstand hinweisen, der mir immer wieder auffällt, wenn ich im Fernsehen kabarettistische Sendungen anschau. Offensichtlich sind die Kabarettisten derzeit die einzigen Menschen, die in aller Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß der „Kaiser eigentlich nackig ist“. Mit treffenden Worten wird die politische Situation analysiert und die Pflaumen der Regierung werden schonungslos beim Namen genannt. Geben Sie doch mal bei Youtoube das Suchwort „Pispers“ oder „Schramm“ oder „Priol“ ein – um nur die bekanntesten zu nennen – und schauen Sie sich genüsslich die Wahrheiten an, die dort verbreitet werden. So schonungslos geht keine „BILD-Zeitung“ mit den hoffnungslosen Versagern in Berlin um. Ist ja auch kein Wunder bei unserer abhängigen und hörgen Presse. Unsere „Hosenrock tragende Sprechblasenprodu-

zentin“ (Pispers) oder wie Urban Priol sie nennt „Es Angela“ hat in ihrer Weihnachts- und Neujahrsansprache das „Blaue vom Himmel herunter gelogen“ wenn man ernsthaften Kommentaren Glauben schenken darf. Auch Horst Köhler, unser oberster Bundesrepräsentant hat sich in nebulösen Umschreibungen der Situation ausgezeichnet. Ich möchte Ihnen diesmal Kritiken zugänglich machen, da mir in der Flut der Informationen, die einen im täglichen Geschehen erreichen, aufgefallen sind.

Bedanken möchte ich mich bei den Briefeschreibern, die auch heute noch Post an Hermann Benjes senden, die dann zur Beantwortung zu mir geleitet wird oder Leser, die sich direkt an mich wenden und von ihren Aktionen berichten. Wir dürfen nicht nachlassen unbehaglich zu sein, denn nur so gelangt die Wahrheit letztlich ans Licht.

Bleiben Sie stark!

Herzlichst Michael Musil

*

Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin

Eine atemberaubende Flucht aus der Wahrheit

Datum: 2. Januar 2009 um 9:52 Uhr

Rubrik: Das kritische Tagebuch

<<http://www.nachdenkseiten.de>

Festtagsansprachen von Politikern sollen den Gemeinsinn ansprechen und bei den Menschen Zuversicht schaffen. Das ist ein legitimes Anliegen. Aber die Neujahrsansprache der Kanzlerin strotzte nur so von Selbstlob und von neoliberalen „Neusprech“. Das Gesagte und das Gemeinte, die Ansprache und die Wirklichkeit könnten nicht weiter auseinander liegen. Man muss nur einmal Satz für Satz hinterfragen, was sich hinter dem Gesprochenen verbirgt und welche Täuschungsversuche hinter den Worten stecken. Wolfgang Lieb

Gehen wir einfach einmal die wichtigsten Sätze durch.

„Deshalb steht für mich auch im kommenden Jahr an erster Stelle, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Gerade hier ist Deutschland in den vergangenen drei Jahren gut vorangekommen. Es gibt heute mehr Erwerbstätige als je zuvor.“

Die Kanzlerin will uns wieder einmal einreden, dass die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen ihr politischer Erfolg sei. Sie verdrängt bis heute, dass die (leichte)

Belebung auf dem Arbeitsmarkt vor allem auf den von der Weltwirtschaft getragenen Konjunkturaufschwung zurückzuführen war. Sie fragt darüber hinaus nicht, welche Art der Erwerbstätigkeit zugenommen hat. Sie folgt der inhumanen Parole von der Arbeit zu jedem Preis und zu allen Bedingungen. Kein Wort zum Mindestlohn, kein Wort zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit. „Vorangekommen“ ist vor allem die Leiharbeit und die prekäre Beschäftigung und die Zahl der „Aufstocker“, die so wenig verdienen, dass sie auf staatliche Zuschrüsse angewiesen sind.

/„Auch die Sozialversicherungen sind stabiler geworden und die Staatsfinanzen solider.“/

Auf wessen Kosten die Sozialversicherungen „stabiler“ geworden sind, bleibt genauso unerwähnt, wie die Ruinierung der gesetzlichen Rente und die Tatsache, dass die Arbeitslosen-„Versicherung“ kaum noch ihren Namen verdient und Millionen mit dem Arbeitslosengeld II an die Grenze des Existenz-minimums geführt hat. Verschwiegen wird auch, dass die Staatsfinanzen vor allem deswegen solider geworden sind, weil durch den leichten Konjunkturanstieg die Steuern stärker gesprudelt sind.

/„Die Familien wurden gestärkt.“/

Die Frage ist nur, welche Familien wurden gestärkt. Das Elterngeld hat besser verdienende Familien gestärkt und arme geschwächt. Ca. 155 000 Familien werden durch die Neuregelung schlechter gestellt und das ganz bewusst. Diese Gruppe hat nämlich bei einer Geburt seit dem 1. Januar 2007 volle 3.600 Euro weniger im Geldbeutel. Betroffen davon sind alle Arbeitslosengeld II - (bzw. Sozialhilfe- und Grundsicherungs-) bezieher/innen: Sie bekamen vorher über zwei Jahre hinweg 7.200 Euro und erhalten jetzt wahlweise über ein oder zwei Jahre hinweg nur noch 3.600 Euro. Die Kindergelderhöhung von 10 bzw. 16 Euro erreicht die Hartz-IV-Empfänger nicht.

War die Streichung der Eigenheimzulage, die Kürzung der Pendlerpauschale, die Beschränkung des Kinder-gelds nur bis zum 25. Lebensjahr und die Mehrwertsteuererhöhung eine Stärkung der Familien? Unterm Strich lösten diese Reformen kinderbedingte Mehrkosten von weit über zehn Milliarden Euro aus. Rechnet man noch die Streichung der Familienzulagen im öffentlichen Dienst dazu, sind es weitere vier Milliarden Euro Minus. Dem stehen die verbesserte steuerliche Anerkennung von Kinder-betreuungskosten und das Elterngeld mit Mehrkosten von insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro gegen-über. Also ein sattes Minus für alle Familien.

/„Unsere Unternehmen sind wettbewerbsfähiger und unsere Schulen und Universitäten erfolgreicher.“/

Wettbewerbsfähiger sind unsere Unternehmen vor allem deshalb geworden, weil die Löhne und Kosten gesenkt und dabei Hunderttausende entlassen wurden, weil die Gewerkschaften systematisch geschwächt und prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen wurden. Damit

konnten wir vor allem unsere europäischen Nachbarn niederkonkurrieren.

Wo sind unsere Schulen erfolgreicher geworden? Was hilft der Aufstieg um einige Rangplätze bei Pisa, wenn gleichzeitig immer mehr Schüler allen-falls noch Grundschulniveau erreichen? War die Einführung von G 8 erfolgreich?

Wo liegt der Erfolg unserer Universitäten, wenn durch die Studiengebühren Tausende vom Studium abgehalten werden. Ist es ein Erfolg, dass seit der Einführung der Bachelor-Studiengänge die Quote der Studienab-brecher steigt?

/„Deutschland ist Integrationsland und wird für immer mehr Migrantinnen und Migranten Heimat.“/

Mit dem neuen Begriff „Integrationsland“ wird beschönigend umschrieben, dass die Einwanderung (auch mit Hilfe der EU) gestoppt wurde und die Einwanderungs-quote in Deutschland weit hinter der anderer Industrie-länder liegt.

„Integrationsland“, das heißt Einbürgerungstests und Anpassung an eine vorgebliche deutsche Leitkultur. Die Heimat von immer mehr Migrantenkindern bedeutet Schulabbruch, keine Berufs-ausbildung und damit der sichere Weg in die Arbeitslosigkeit.

/„Das alles sind gute Gründe für Zuversicht.“/

Zuversicht für wen?

/„Das alles sind Gründe, auf Deutschlands Kraft und Stärken zu vertrauen. Vertrauen auf das, was wir können, ist gerade jetzt wichtig.“/

Was sind „Deutschlands“ Kraft und Stärken. Etwa die zunehmende Spaltung in Arm und Reich? Dass jedes fünfte Kind in Armut lebt? Dass weniger Chancenge-rechtigkeit besteht als je zuvor?

Ist es das, „was wir können“?

/„Denn die weltweite Krise berührt auch Deutschland.“/

Eine wunderschöne Formulierung: Die Krise „berührt“ auch Deutschland. Noch immer tut die Kanzlerin so, als sei die Krise wie ein „Spring-ins-Feld-Teufel“ von außen über uns gekommen. Wir haben auf den NachDenkSei-ten nur allzu oft beschrieben, mit welchen Maßnahmen die deutsche Politik den Spekulanten und „Heuschrek-ken“ Tür und Tor geöffnet hat oder wie der angeblichen Effizienz der Finanzmärkte, der Deregulierung und der Finanzmarkt-Förderungspolitik höchste Priorität einge-räumt wurde.

/„Finanzielle Exzesse ohne soziales Verantwortungs-bewusstsein, das Verlieren von Maß und Mitte mancher Banker und Manager – wahrlich nicht aller, aber mancher – das hat die Welt in diese Krise geführt.“/

„Maß und Mitte“ als moralisches Problem, die Finanz-krise als Gier „mancher“ Banker und nicht als struktur-immanentes Prinzip der Marktwirtschaft, dabei baut doch Marktwirtschaft in einer gewissen Weise auf einer

solchen Moral oder A-Moral auf. Ist das Verhalten unseres Spitzenspersonals nicht eine Begleiterscheinung der herrschenden Ideologie. Entwickelten wir uns in den letzten Jahren mehr und mehr in Richtung einer (neo-)feudalen Gesellschaft, in der sich die Oberen bedienen und ihre Netze so stricken, dass sie sogar von der Rechtsprechung nicht mehr ernsthaft bedroht werden können.

/„Die Welt hat über ihre Verhältnisse gelebt.“/

Ein unglaublicher Satz. Da Verhungern weltweit tausende von Menschen und selbst in den Industrie-ländern werden immer mehr Menschen ausgrenzt und in schlimme Armut gestürzt. Gleichzeitig ergaunern Investment-Banker Milliarden, gleichzeitig wird für die Banken um ein Vielfaches mehr Geld bereitgestellt, als für die Entwicklungshilfe oder die Welt-hungerhilfe.

Vor allem wir in Deutschland haben „unter“ unseren Verhältnissen gelebt, die Masseneinkommen, die Löhne, sind zu gering gestiegen. Unsere Volkswirtschaft hat damit unseren Partnervolkswirtschaften Probleme bereitet. Sie konnten mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht mithalten.

/„Nur wenn wir diese Ursachen benennen, können wir die Welt aus dieser Krise führen.“/

Wer „diese Ursachen“ der Krise im Verlust „von Maß und Mitte mancher Banker und Manager“ sieht, wird die Welt wohl kaum aus der Krise führen können. Es ist der hilflose Appell an die individuelle Moral und ein billiges Ablenken davon, welchen Anteil an Schuld die Politik selbst hat, dass solche „finanziellen Exzesse“ möglich wurden und warum ihnen nicht früher Einhalt geboten wurde. Hinter dem Verweis auf ein paar schwarze Schafe steckt die Verweigerung, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und die vielen Gesetze, die die Krise gefördert haben, wieder zurückzunehmen.

/„Der Staat ist der Hüter der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Der Wettbewerb braucht Augenmaß und soziale Verantwortung. Das sind die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Sie gelten bei uns, aber das reicht nicht.“/

Wo und vor allem wie hat unter der Großen Koalition der Staat die wirtschaftliche Ordnung gehütet? Solche Sätze kann man nur sagen, wenn man die Tatsache negiert, dass der Staat beim Entstehen der Krise völlig versagt hat. Wo hat er für Augenmaß und soziale Verantwortung im Wettbewerb gesorgt? Hat die Politik nicht umgekehrt sogar aktiv betrieben, dass Augenmaß und soziale Verantwortung verloren gegangen sind? Sind nicht seit Jahren, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft durch den Abbau des Sozialstaats systematisch untergraben worden?

/„Diese Prinzipien müssen weltweit beachtet werden. Erst das wird die Welt aus dieser Krise führen. Die Welt ist dabei, diese Lektion zu lernen.“//

/Und das ist die Chance, die in dieser Krise steckt, die Chance für internationale Regeln, die sich an den Prin-

zipien der sozialen Marktwirtschaft orientieren. Ich werde nicht locker lassen, bis wir solche Regeln erreicht haben.“/

Es ist doch geradezu grotesk, dass die Kanzlerin die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nun „weltweit“ einführen will. Wurden nicht bis vor kurzem mit dem Hinweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit die Prinzipien des wirtschaftsliberalen angelsächsischen Modells als Vorbild dargestellt und die Entstaatlichung, die Privatisierung, die Deregulierung, der Abbau von Sozial- und Arbeitsstandards propagiert und durchgesetzt. Was soll die Welt, was sollen unsere Nachbarn in Frankreich, in Italien oder in den Niederlanden von Deutschland lernen, außer Steuersenkungen, Senkungen der Abgaben, der „Lohnnebenkosten“ und der Löhne, die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme.

Dass Merkel nicht locker lassen will, diese „Regeln“ durchzusetzen, muss eher als Drohung und Bedrohung für unsere Nachbarn verstanden werden denn als Vermeidungsstrategie gegen zukünftige Krisen.

/„Die Bundesregierung handelt umfassend und entschlossen. Aber ich entscheide nicht danach, wer gerade am lautesten ruft.“/

Dieses Selbstlob eines „umfassenden und entschlossenen“ Handelns ist nur noch lächerlich. Musste sich nicht die Bundesregierung gerade in den letzten Monaten, geradezu von Woche zu Woche korrigieren? Mussten der Kreditrahmen und die staatlichen Rettungsmittel für die IKB und die Hypo Real Estate (HRE) nicht immer wieder um Milliarden erhöht werden? Die Halbwertzeiten der Rettungsversuche wurden immer kürzer. War die Bundesregierung nicht der Meinung, die Krise sei eine amerikanische, die Deutschland allenfalls „berührt“? Musste nicht geradezu über Nacht (vor Öffnung der Tokioter Börse) der Rettungsschirm für die Banken aufgeklappt werden? Hat die Rettung der Banken die versprochene Wirkung gehabt? Warum begeben sich die Banken so zögerlich unter diesen Schirm und warum ist der Kreditverkehr zwischen den Banken nicht in Gang gekommen?

Hat die Bundesregierung sich nicht endlos lange geweigert ein Konjunkturprogramm gegen die Rezession aufzulegen? Kaum war ein Progrämmchen mit Hängen und Würgen verabschiedet, steht nun Anfang des Jahres schon das nächste an und man muss kein Prophet sein, dass es wieder viel zu schmal angelegt ist, um die Wirtschaft tatsächlich wieder anzukurbeln. War die Bundesregierung auf europäischer Eben nicht nur der Bremser für ein koordiniertes Vorgehen?

Hat die Bundesregierung nicht vor allem der am „lautesten rufenden“ Automobilindustrie unter die Arme griffen – wenn auch mit unzulänglichen Mitteln?

/„Denn es ist Ihr Geld, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Geld der Steuerzahler, für das wir in der Politik Verantwortung tragen.“/

Wo war die Verantwortung der Politik für das „Geld der Steuerzahler“ bei den Rettungsaktionen für die Landesbanken oder bei der Verschleuderung der IKB für 150

Millionen € an die Private Equity Gruppe Lonestar, nachdem der Steuerzahler vorher fast 10 Milliarden bereitstellen musste. Nicht einmal das Parlament hat ein Mitsprache- oder auch nur ein Kontrollrecht, bei der Vergabe der Kredite oder der Kapitalspritzen aus dem Banken-Rettungsschirm.

„Deshalb ist unser Maßstab für alle weiteren Entscheidungen so einfach wie eindeutig: Wir machen das, was Arbeitsplätze sichert und schafft, egal ob in kleinen oder in mittleren oder in großen Unternehmen. Arbeit für die Menschen - das ist der Maßstab unseres Handelns.“/

Wie locker wurde mit dem „Geld der Steuerzahler“ umgegangen, als es um die Rettung der Banken ging, und wie wenig Geld ist für einen „Schutzzschirm für Arbeit“, für Bildung, für Arme und Hartz-IV-Empfänger vorhanden? Wäre wirklich „Arbeit für die Menschen“ der Maßstab des Handelns der Bundesregierung, dann hätte sie schon längst etwas gegen die Rezession tun müssen und nicht erst warten dürfen bis in diesem Jahr wieder Hunderttausende ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

„Und wir werden bei allem, was wir tun, nicht alte Fehler wiederholen und Wirtschaft und Umwelt gegeneinander ausspielen. Wirtschaft und Klimaschutz, Klimaschutz und Wirtschaft – das geht zusammen, wenn man es nur will. Und wir wollen es.“/

Wo war der Klimaschutz bei der befristeten KfZ-Steuerbefreiung für Neuwagen, egal ob es sich um Spritfresser oder schadstoffarme Autos handelte.

Beim Kernstück der europäischen Klimapolitik – dem Handel mit Verschmutzungsrechten – hat sich die Bundesregierung von Anfang an dafür ausgesprochen, dass die Stromkonzerne und möglichst viele Industriezweige auch in Zukunft alle Berechtigungsscheine zum Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase kostenlos erhalten.

Das Energie- und Klimapaket der Bundesregierung wurde so verwässert, dass sich damit die notwendige Reduzierung der Treibhausgase in Deutschland um 40 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 nie erreichen lässt.

Auch beim EU-Abkommen zur schrittweisen Reduzierung der CO2-Emissionen von Autos hat sich die Bundesregierung vor den Karren der Autolobby spannen lassen.

„Und wo immer es im Blick auf die nächste Generation verantwortbar ist, werden wir alle, die Steuern und Abgaben zahlen, entlasten.“/

Nun ist die Kanzlerin auch noch vor der CSU und der FDP eingeknickt. Warum sollen eigentlich „alle“ von Steuern entlastet werden, auch diejenigen, die sich durch die Umverteilungspolitik oder durch Finanzspekulationen riesige Vermögen angeeignet haben? Warum soll nicht gerade das untere Einkommensdrittel entlastet werden, das doch so wenig hat, dass es gar keine oder nur wenig Steuern bezahlt? Auf der einen Seite wird ein aktiver Staat gefordert, auf der anderen Seite wird das weitere Aushungern des

Staates fortgesetzt.

„Wir investieren noch mehr in Schulen, Hochschulen und Universitäten. Das ist Politik für die nächste Generation.“/

Laut dem „Bildungsbericht 2008“ vom Mai dieses Jahres ging der Anteil der Bildungsausgaben am BIP von 6,9% im Jahr 1995 auf 6,3% im Jahr 2005 und auf 6,2% im Jahr 2006 zurück. Wären auch im Jahr 2005 wie 1995 6,9% des BIP für Bildung aufgewendet worden, hätten dem Bildungsbereich rund 13 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestanden.

„Meine Devise ist: Wir wollen die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise nicht einfach überstehen. Wir wollen stärker aus ihr herausgehen, als wir hineingekommen sind. Das geht, das können wir gemeinsam schaffen!“/

Das können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger nur als Drohung verstehen. Denn Stärkung der Wirtschaft oder der Wettbewerbsfähigkeit, das heißt weiter so wie bisher: Niedrige Löhne, Senkung der Sozialabgaben, Ausweitung des Niedriglohnsektors, steuerliche und weitere Abgaben- Entlastung der Unternehmen, Verlagerung der Sozialkosten auf Private.

Lesen Sie jetzt die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin einfach nochmals durch und Sie werden besser verstehen, was mit dem Gesagten tatsächlich gemeint ist oder was durch das Gesprochene vertuscht wird.

Quelle: Regierung Online
http://www.bundesregierung.de/nn_1498/Content/DE/Rede/2008/12/2008-12-31-merkel-neujahrsansprache.html

*

Alternative Neujahresabsprache der Initiative: Fundamentales Christentum

Liebe Brüder und Schwestern in Christi, liebe Deutschland treue Landsleute!

Am 31.12.2008 wird unsere Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel, ihre auf allen deutschen Sendern auszustrahlende, traditionelle Silvester- und Neujahresansprache an das deutsche Volk halten.

Was wird sie uns da mitteilen und wünschen?

Die Bundesregierung scheute keine Anstrengungen, den Aufschwung anzuschließen; und sie wird die großen Erfolge aufzeigen. Die Arbeitslosenzahl ging zurück. Ab Donnerstag dürfen sich die Familien mit Kindern über etwas mehr Kindergeld freuen. Zwar steigen rasant alle Preise, teilweise bis zu 30%, für Strom, Gas, Wasser, Konsumgüter des täglichen Bedarfs, wie gleichzeitig die Gewinne entsprechender Konzernvorstände. Das sind Erfolge, die den „Krisenbaronen“ besonders zugute kommen und wie immer sind die einfachen Leute angehalten, große Opfer dafür zu vollbringen. Unsere Kanzlerin freut sich, dass das Bundesverfassungsge-

richt, die Pendlerpauschale rettete. Wären wir Zuschauer der Distel (berühmtes berliner Kabarett), würden wir über diese Vorführung unserer Kanzlerin Tränen lachen. In der Tat, das sind schon erstaunliche Resultate!

Arbeitslose über 55 sind in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr vorhanden. Das Frühberentungen, Hartz IV mit den zahlreichen 1,50 € - Jobs, div. Umschulungs-/Ablenkungsmaßnahmen der Arbeitsagenturen, ABM, unverschuldet ruinierte Selbständige, die existenz- und arbeitslos wurden, jedoch als solche nicht geführt werden; Leiharbeit mit nicht Unterhalt sichernden Löhnen verdecken die tatsächliche Massenarbeitslosigkeit in unserem Land; das wird Frau Dr. Merkel als Erfolge feiern. Dass Menschen hart arbeiten gehen müssen, jedoch davon selbstständig nicht leben können, sondern nur durch zusätzliche Sozialhilfen oder zusätzliche „Jobs“ existieren, gehört auch zu ihren Regierungserfolgen. Unser riesiges Finanzloch, um all diese Folgen abzufedern, reißt weiter auf und ist nicht mehr zu stopfen.

Das deutsche Wirtschaftsproblem ist dank der Globalisierung ein amerikanisches, asiatisches, afrikanisches, australisches und natürlich damit ein europäisches Problem. Überall werden Notleidende noch zahlreicher, wobei die Mittel zur Notüberwindung weltweit vorhanden sind. Einkommensschwäche in der Bundesrepublik Deutschland sollen Konsumgutscheine erhalten. So gut ist unsere Bundesregierung aus „C“-Union und SPD zu uns Deutschen! Vor diesen Wohltaten verneigen sich die Deutschen in Demut. Natürlich haben sie die Möglichkeit, unsere Kanzlerin gegen Herrn Steinmeier, in seinem Schlepptau die Grünen, unterstützt von der salamanderkommunistischen Linken, durch die Bundestagswahl 2009 auszuwechseln. Na gut, vielleicht versuchen es die Deutschen mit „C“-Union und der FDP. Aber was bringt das? Es wäre eine Wahl zwischen Bockwürsten oder Wiener Würstchen. Egal welche Wahl zwischen beiden Wurstsorten die Deutschen treffen, sie wählen so oder so damit das Schwein.

Die Bundesrepublik kann auf eine gute internationale Bilanz schauen. Unsere deutschen Soldaten „beschützen“ uns in Afghanistan, Bosnien, im Kosovo, vor dem Libanon, am Horn von Afrika, in der Welt. Vielleicht auch bald im Iran? Dabei helfen wir unseren US-amerikanischen Freunden Freiheit und Demokratie im Namen der Globalisierung in diesen Ländern zu installieren und ziehen uns die Rachegeiste der Befreiten und Demokratisierten an den Hals. Unsere Solidarität gehört Israel, für Palästina ist neben Belehrungen nur Bedauern übrig usw.

Nein, wir wollen zum Jahreswechsel nicht nörgeln; und wir wollen der Kanzlerin mit ihrer Regierungsmannschaft gern das Zeugnis ausstellen, dass sie sich tatsächlich emsig anstrengten und anstrengen eine von den USA losgetretenen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise zuzudecken und vor allem die Folgen an ihr ohnehin geplagtes Volk zu leiten; damit wir alle für das weltweite und nationale Schmarotzertum sehr teuer bezahlen. Wir beachten ihre Leistung, diese folgenschwere Misere schön zu reden und die richtigen Krähe bis nach der Bundestagswahl zu schieben. Aber wo hat sich diese

Bundesregierung mit ihrer in der Tat resoluten Kanzlerin, das Schönreden für katastrophale Zusammenbrüche gelernt? Am Beispiel der DDR! Das Regime in der DDR redete in allen Wirtschaftsnachrichten -und Kommentaren die für jeden Menschen spürbaren Lage schön, bis es genau so, wie die anderen RGW-Länder von der Realität überrollt wurde. Damals gab es zumindest für die DDR insgeheim bei diesem Schlamassel ein kleines Hintertürchen, die selber berstende, höchst von den USA und der EG abhängige Bundesrepublik Deutschland.

Da unserer Demokratie die Gefahr von Rechts droht, müssen wir uns darauf einstellen, dass nach dem „Anschlag“ auf dem Passauer Polizeichef, eine Wiederholung der Verbrechen in der Art von Mölln und Solingen in diesem Superwahljahr nicht auszuschließen sind, die man wie bei allen „rechtsextremen Vorfällen“ seinerzeit den REP's zuschob und deren Wiedereinzug ins EU-Parlament sowie Einzug in den Bundestag verhinderten; und seit Sebnitz der NPD zuschiebt. Die tatsächlichen polizeilichen Ermittlungsergebnisse bleiben wie in allen Fällen kleingedruckt, weil die offiziell gewünschten Hintergründe sich als abscheuliche, kriminelle Tricks und Täuschungen herausstell(t)en. Aber treten im Frühling 2009 für die Europawahl nicht diesmal die DVU und im Herbst 2009 die NPD zur Bundestagswahl an; und das in der krisengeschüttelten Bundesrepublik, bei dieser spannungsgeladenen Bevölkerungssummung?

Es ist zu hoffen, liebe Leser(l)innen, sie erkennen einen gewissen „schwarzen Humor“ über die Betrachtung derartiger Leistungen dieser Bundesregierung und ihrer Kanzlerin und vorausschauend auf die nächste Bundesregierung!

Was uns so empört ist, dass Frau Dr. Merkel, die ja als Physikerin die Naturgesetze kennt, ihr naturwissenschaftliches Denken in ihre Regierungstätigkeit nicht einfließen lässt und noch mehr, als Christin jede Furcht vor Gott ausblendet.

Sie lässt die antichristlichen Strukturen auf allen Ebenen wachsen. Müsste eine christliche Bundeskanzlerin nicht eine energische Beschützerin von geborenen und ungeborenen Kindern sein?

Was brächte unserem deutschen Volk, aber auch unseren Nachbarn und Nachbarkontinenten eine Wende, ja tatsächliche Rettung? Die absolute Unterstellung der Politik unter Gottes Willen, d.h. Annahme und Befolgung des Evangeliums Jesu Christi; die Beendigung der nationalen Zinsknechtschaft und damit des mit Zinsen spekulierenden Schmarotzertums; und Einführung einer schöpfungsgerechten natürlichen Wirtschaftsordnung, die national wie international zum Wohle aller Bürger die Wirtschaft zum florierenden Kreislauf bringe. Wenn unsere Kanzlerin sich ähnlich verhalten würde, wie 1932 der sozialistische Bürgermeister der österreichischen Stadt Wörgl, Michael Unterguggenberger, sich tatsächlich mit verantwortungsbewussten Unternehmern, Politikern sowie Sicherheits- und Verteidigungs-experten zusammensetzte, um nach den Erkenntnissen von Silvio Gesell die Einführung einer natürlichen Wirtschaftsordnung als tatsächliche Finanz-, Wirtschafts- und Sozialreform zu beschließen; und den Deutschen

in ihrer Silvester- und Neujahresansprache diese tief greifenden Maßnahmen ankündigte; die Kinderschlächtereien auf Krankenschein verbieten; in ihrem nationalen Bildungs- und Erziehungsprogramm tatsächlich die christliche Wertevermittlung verankern, dann würden auch wir uns vor ihrem Mut verneigen. Die Physikerin und Christin, Frau Dr. Angela Merkel hätte Gott an ihrer Seite und in den christlich Fundamentalen ihre glühendsten Verteidiger!

Sie könnte sich informieren, was Gott von Zinsen und Wucher hält; das bedeutete, sich in der Bibel zu vertiefen! Zusätzlich wäre ein Studium in den Analen der CDU unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer von unschätzbarem Wert, aber auch ins Ahlenaer Parteiprogramm der West-CDU. Warum? Weil sich diese in der Tat damals christlichen Demokraten den Weg zur Überwindung des Marxismus und Kapitalismus zum Ziel gesetzt hatten. Dieser 3. Weg kann zur Einführung in die Lehre von Silvio Gesells für die Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO), aus dem Buch des leider verstorbenen Autors Hermann Benjes „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“ herausgelesen werden.

Egal, liebe E-Mail-Empfänger was das neue Jahr bringt: Lassen wir uns nicht entmutigen nur Gottes Wort zu folgen und daraus unsere Schlussfolgerungen ziehen! Wir wünschen Ihnen bzw. Euch ein von Gott gesegnetes Jahr 2009!

Ihre bzw. Eure

Axel Kresser Herbert Roschkowsky Otto Kunigk

*

Köhlers Weihnachtsansprache

- beliebig und belanglos – aus www.nachdenkseiten.de

Bei den Reden Köhlers frage ich mich stets: ist der Mann so naiv, wie er tut oder ist er einfach nur zynisch? Und wie bei den meister führenden Politikern frage ich mich: wo leben diese Leute eigentlich?

Da leben Zigtausende in der berechtigten Angst und Sorge, in nächster Zeit ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Erste Ankündigungen dieser Art gibt es bereits. Die Sorge ist vor allem deshalb berechtigt, weil viele der Manager, die jahrelang Millionen kassiert haben, einmal wieder das tun, was sie am besten können: wenn es kriselt, Leute entlassen.

Und was hat der Herr Bundespräsident dazu zu sagen? „Fürchtet euch nicht!“ Wie tröstlich mag das für die Betroffenen sein in diesen Tagen. Man müsste ihnen zuruften: Ihr fürchtet Euch zu recht. Sorgt rechtzeitig dafür, dass Widerstand in den Betrieben und Gewerkschaften organisiert wird. Denn sonst werdet Ihr Euer blaues Wunder erleben. Ihr werdet nämlich für die Folgen der Krise büßen müssen, die andere verschuldet haben.

Dass, wie Köhler behauptet, „der Staat entschlossen handelt, um die Betriebe zu schützen und um Arbeit und Einkommen der Menschen zu sichern“, ist eine reine Behauptung. Schutzschirme wurden bisher nur für die Banken aufgespannt. Was z.B. bei Opel wird, weiß im Moment noch keiner. Und das, was die Regierung bisher an „Konjunkturprogrammen“ aufgelegt hat, verdient diesen Namen kaum. Die regierungsamtliche Maxime: Abwarten, bis das Ausmaß der Krise bekannt ist – wird genau zu der Katastrophe führen, die man an-

geblich verhindern will.

Und wie immer in Köhlers Reden, kommt dann – gut verpackt und verklausuliert – seine eigentliche Botschaft rüber: „ Die Reformen der vergangenen Jahre und die neue Bereitschaft zum Miteinander in den Betrieben haben uns gestärkt für die Aufgaben, die vor uns liegen.“ Es fehlt nur noch die Botschaft, wir bräuchten mehr davon.

Kein Wort darüber, dass diese angeblichen Reformen viele schon jetzt in die Armut treiben. Dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich gerade auch ein Ergebnis dieser „Reformen“ sind. Sie sind in keiner Weise ein „Fundament“, auf dem man aufbauen kann. Vielmehr würde ein „Weiter so“ genau die Verhältnisse restaurieren, die zum jetzigen Fiasco geführt haben. Und von dem noch keiner weiß, was da noch kommt.

Geraedeu eine Frechheit ist es, von der neuen „Bereitschaft zum Miteinander in den Betrieben“ zu schwafeln. Schon jetzt wird die Produktion in Kernbereichen der Wirtschaft eingestellt oder gedrosselt. Der Konkurrenzdruck um die Arbeitsplätze wird zunehmen. Und damit der Leistungsdruck. Forderungen nach weiterem Lohnverzicht werden folgen. Und massenweise werden Arbeitsplätze vernichtet werden. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Denn schon jetzt hat die Regierung viel wertvolle Zeit mit kleinlichem Hickhack verplempert. Auch ist nicht zu sehen, dass die politischen Entscheidungsträger ihre ideologischen Scheuklappen ablegen. Sie denken immer noch in den betriebswirtschaftlichen Kategorien des braven Hausvaters. Ein gesamtwirtschaftliches Konzept ist nirgendwo auch nur in Ansätzen erkennbar. Von „Ideenreichum“, den Köhler wahrnimmt, kann keine Rede sein.

Vor diesem Hintergrund ist die Rede von der „Krise als Chance“ geradezu fahrlässig und irreführend. Worin sollte denn die „Chance“ bestehen? Darin, dass wir jetzt alle anständig, bescheiden und maßvoll werden? Das wäre ja konjunkturpolitisch geradezu kontraproduktiv. Herr Köhler beschwört hier Tugenden, die durch das Wirtschaftssystem, das er ja wohl für das beste und einzige mögliche hält, ständig ad absurdum geführt werden. Dass „das Kapital allen zu Diensten“ ist – das ist eine Forderung, die man vielleicht alle Jahre wieder als Weihnachtsmärchen auftischen kann – mit der Wirklichkeit hat dies nichts zu tun. Für Köhler ist „Kapital“ schlicht „Geld“. Dabei hat der lange so verpönte Marx schon vor über hundert Jahren darauf hingewiesen, dass das Kapital „ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandnes Produktionsverhältnis (ist), welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt“ (Kapital, Bd. 1, 532). Zu fordern, dass „das Kapital allen zu Diensten ist und sich niemand davon beherrscht fühlen muss“, hieße in der Konsequenz, den Kapitalismus abzuschaffen. Das gemeint zu haben, wollen wir Herrn Köhler nun wahrhaft nicht unterstellen.

Es sind die typischen „Köhler-Sätze“, die einen ratlos zurücklassen. „Glaubwürdigkeit bringt das Vertrauen zurück. Es ist das Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält.“ Von wessen „Glaubwürdigkeit“ redet er? Der Glaubwürdigkeit unserer sog. Eliten? Der Politiker, Manager, Wissenschaftler, Medien, die uns jahrelang eingeredet haben, Markt, Deregulierung, Kürzung der Sozialausgaben, Privatisierung usw. seien Vorausset-

zung für stetiges Wachstum? Und die jetzt nach dem Staat rufen, den sie zuvor schlechtgeredet haben? Und von denen sich jetzt einige zu „Krisenmanagern“ berufen fühlen?

Nein – diesen Leuten ist nach wie vor nicht zu trauen. Keiner soll glauben, sie würden sich sang- und klanglos geschlagen geben. Sie werden alles tun, die Folgen der Krise auf die Allgemeinheit abzuwälzen, um dann wieder dort zu beginnen, wo sie aufgehört haben. Man hüte sich vor der vorschnellen Erwartung, der Neoliberalismus habe bereits abgedankt. Wer einmal mit diesem ideologischen Gift infiziert war, wird davon nicht so schnell lassen wollen. Darum ist Köhlers Rede von der „Krise als Chance“ nichts als pure Augenwischerei – und Vertröstung auf den Sankt Nimmerleinstag.

Von Köhler zu erwarten, dass er Ross und Reiter nennt – vergeblich. Dass er einen (vor allem auch materiellen) Beitrag von denen fordert, die sich jahrelang schohnungslos bereichert haben – vergeblich. Stattdessen redet er davon, dass „unvorstellbar viel Geld verspielt worden ist.“ Wo aber, fragen wir uns, ist das viele Geld geblieben, das diese Leute abgesahnt haben? Wenn man sie, die ganze Volkswirtschaften in den Abgrund gerissen haben, schon nicht juristisch belangen kann (warum eigentlich nicht?), dann sollte man jedenfalls nicht so tun, als ließe sich mit ihnen (pardon!) Staat machen.

Der Dank an die Soldatinnen und Soldaten, „die in der Ferne für Sicherheit und Wiederaufbau sorgen“ und dem Frieden dienen – er darf nicht fehlen. Ach wäre es doch so. Die Frage, ob es nicht geeigneter Mittel dazu gäbe – natürlich Fehlanzeige.

So wird für viele Menschen wohl die Hoffnung auf „eine fröhliche, selige, Gnaden bringende Weihnachtszeit“ – wie so Vieles in Köhlers Rede – nur ein frommer Wunsch geblieben sein. Aber für „Weihnachtsmärchen à la Köhler“ ist man in dieser Zeit doch allzu empfänglich. Und bis zur nächsten Weihnachtsansprache bleibt ja noch viel Zeit zum Nachdenken!

*

LESERBRIEFE

Zinsknechtschaft

ich könnte mir vorstellen, dass dieser Beitrag der „kreuz.net-Redaktion im Internet Ihren Wegegefährten Hermann Benjes erfreuen würde. Es stimmt auch mich hoffnungsvoll, dass die Katholische Kirche endlich aus der Bibel im Namen Gottes geboten, Front gegen die kapitalistische Zinsknechtschaft macht. Zwischen dem Segen des Kardinals Joseph Ratzinger aufgrund des Apfelbriefes „Kirche“ und der jetzigen Amtszeit von Papst Benedikt XVI liegen mehrere Jahre. Aber dieser Artikel lässt hoffen, dass die Katholische Kirche zu einer Verbündeten der NWO wird. Ich habe diesen Artikel aus dem kreuz.net-Beitrag kopiert.

Beste Grüße Ihr Axel Kresser

Zitat:

Johannes Calvin und die Finanzkrise

Bis vor einigen Jahrhunderten betrachtete die schrecklich konservative Kirche das Zinsnehmen als eine Sünde. Heute muß man ihr recht geben. Von Nicolas Lapin. Was bleibt von den aufgeblasenen Aktienkursen?
(kreuz.net) Am Allerheiligenfest des Jahres 1745 veröf-

fentlichte Papst Benedikt XIV. seine Enzyklika ‚Vix per-
venit‘. Darin wandte er sich massiv gegen Zins und
Wucher. Bis zum 16. Jahrhundert gab es ein kirchliches
Zinsverbot das später häufig umgangen wurde. Schon
den Israeliten war es nicht erlaubt, Zinsen von ihren
Volksgenossen zu nehmen. Im Islam wird das Zinsver-
bot dadurch umgangen, daß die Bank zum Beispiel das
Haus für den Kreditnehmer kauft. Der Kreditnehmer
zahlt dann der Bank den Kaufpreis plus Aufschlag zu-
rück.

Der erste Leugner war Johannes Calvin

Der Genfer Reformator Johannes Calvin († 1564) leugnete erstmalig das in Lk 6,35 gegebene Zinsverbot. Dort heißt es: „Leiht, wo ihr nichts dafür zu bekommen
hofft.“ Johannes Calvin

Auch die Jansenisten folgten Calvins Auffassung. Von katholischer Seite wurde sie wiederholt verworfen. Als erster Katholik befürwortete der italienische Gelehrte Scipio Maffei († 1755) das Zinsnehmen. Daraufhin be-
rief Papst Benedikt XIV. zu dieser Frage eine Kommiss-
ion ein und bestätigte das Zinsverbot als gültige Lehre
der Kirche. Diese Lehre ist heute zumeist unbekannt.
Das Bewußtsein der Sündhaftigkeit des Zinsnehmen ist
allgemein auch in der Kirche verschwunden. Damit
nahm die Wirtschaft in der Folgezeit eine neue Entwick-
lung. Das Zinsverbot der katholischen Kirche wurde
ignoriert. Die Herrschaft kapitalistischer Kräfte wurde
möglich.

Herrschaft der Habsüchtigen

Dieses neue System basiert letztendlich auf der Hab-
sucht. Es ermöglicht es wenigen, ein immer größeres
Kapital anzuhäufen, ohne dafür wirklich zu arbeiten.
Das entspricht nicht dem christlichen Lebensbild. Der
große Teil der Bevölkerung erhält für seine Arbeit nicht
den gerechten Lohn, weil ein großer Teil vorher abge-
zogen wird. Man denke beispielsweise an die immense
Staatsverschuldung, deren Zinsen jeder steuerzahlende
Bürger mitbezahlt. Ohne Zinsen würde keine Bank dem
Staat Geld leihen wollen. Auch den Zins für die Kredite
der Unternehmer zahlen die Konsumenten versteckt
mit. Es gibt Berechnungen, die von 40-50% versteck-
tem Zinsanteil bei den Warenpreisen ausgehen. Das
Zinssystem führt zudem zu Konzentration in der Wirt-
schaft. Damit wächst die Gefahr der Monopole, des
Preisdiktates und letztlich der Ausbeutung der Massen.

Von dem System profitiert eine Handvoll Leute

Schon im Jahr 1996 besaßen 358 Milliardäre fast die
Hälfte des Welteinkommens. In diesem antichristlichen
System zahlt jeder Zinsen mit, sobald er etwas kauft.
Kredite werden erst durch das Zinsnehmen lukrativ.
Wer würde Geld verleihen, ohne etwas dafür zu be-
kommen? Man würde es vielleicht an gute Bekannte
und Notleidende verleihen, aber nicht an Unternehmer,
die dadurch in der Lage sind, den globalen Konzentrati-
onsprozeß zu beschleunigen. Das gleiche gilt auch für
Aktiengesellschaften, eine Unternehmensform, die auch
von den Päpsten kritisiert wurde. Das Horten von Geld
aus Habgier wäre ebenfalls uninteressant, weil es sich
nicht durch Zinsen vermehren würde.

Die Kirche wird weich

Die Kirche hat den Gläubigen aus pastoralen Gründen
erlaubt, selber Zinsen zu nehmen, um die Katholiken
nicht zu benachteiligen. Aber dadurch werden auch
unchristliche Unternehmen begünstigt, die mit Krediten

aus den Bankeinlagen der Christen ihre glaubensfeindlichen Ziele verfolgen können. Wenn man das Zinsverbot einforderte, würde man für seine Sparguthaben keine Zinsen mehr bekommen. Aber man könnte viel mehr sparen, weil die Mehrheit viel mehr versteckte Zinsen zahlt, als sie bekommt. Eine zinslose Wirtschaft würde den Menschen mehr wirklichen Wohlstand bringen.

Zusammenbrüche sind Teil des Systems

Das Zinssystem kann nicht auf Dauer funktionieren. Wenn man zu Christi Geburt einen Pfennig zu fünf Prozent Zinsen angelegt hätte, wäre dieses Guthaben im Jahr 2000 etwa 200 Millionen Erdkugeln aus Gold wert gewesen. Das System muß zwischendurch immer wieder zusammenbrechen. Ein kirchliches Mädchengymnasium im deutschsprachigen Raum hatte die Idee, aus der Anlage von zehn Millionen Spendengeldern in Fonds, dauerhaft Einkünfte zu erzielen, welche die laufenden Betriebskosten decken sollen. Doch dieses System kann nicht dauerhaft funktionieren. Man stelle sich vor, man hätte vor hundert Jahren zehn Millionen Reichsmark in einer vergleichbaren Form angelegt, heute wäre nichts mehr davon da: Weltwirtschaftskrise, Inflation, Kriege, Währungsreform.

Die fatale Trennung von Geld- und Realwirtschaft

Das Geld hat sich immer weiter von der Realwirtschaft entfernt. Das Bargeld hat keinen reellen Gegenwert in Gold mehr. Das Geld auf den Konten ist virtuell, wollten alle Bürger ihr Geld von den Konten abheben – soviel Banknoten gäbe es gar nicht.

Was wir heute als globale Finanzkrise miterleben ist zum Teil eine Folge der Preisgabe des kirchlichen Zinsverbotes. Calvin war der Vorreiter. - Zitatende

Für das Volk sind das untilgbare Schulden.

2. Die Banken können an der Zentralbank vorbei Buchgeld erfinden. Sie besitzen ein extra Geldschöpfungsrecht. Das ist unmoralisch. Mit diesem virtuellen Monopolgeld konnte die jetzige Bankenkrise entstehen. (Wenigstens Prof. Hankel hat das in einem Artikel in der JF auf den Punkt gebracht)

3. Der geldtechnische Fehler liegt im Leihgeldsystem begründet. Wenn Leihgeld verzinst zu den Geschäftsbanken zurückfließen muss, so können die Zinsen gesamtvolkswirtschaftlich gesehen nicht gezahlt werden, denn das Zinsgeld wurde nicht geschöpft. Das Geld fehlt im System. Aber es muss als Buchgeldschuld als Zinslast vom Volk bezahlt werden. Und bei jeder neuen Geldtranche die geschöpft wird, kommen neue Buchgeldschulden für's Volk dazu. Diese Grundlage allein reicht schon aus, um jede Volkswirtschaft auf Dauer zu ersticken.

In der Massengesellschaft braucht es Masse, um etwas ändern zu können. Masse aber wird von Intelligenz geführt. Heute muss die Devise lauten: Sturm auf die Bastille der Unwissenheit bei der Intelligenz! Nur die Wahrheit bringt Klarheit!

Dr. W. Bohn

*

Zum Leserbrief von Dr. Bohn in Rundbrief Freiwirtschaft 32 (2008)

„Mit anderen Worten, zwischen Gesellianern und Ergokraten bräuchte“ (sic!) „kein Zwist zu sein, stehen sie doch auf einem gemeinsamen Fundament.“, schreibt uns Dr. Bohn.

Das klingt ja recht nett und verbindlich von Dr. Bohn, der sich offenbar mit einiger Begeisterung, aber wie es scheint ohne viel Überlegung den „Ergokraten“, nicht „Gesellianern“ angeschlossen hat. Er schreibt von

Bankenkrise – oder der Geist des Geldunwesens

Spätestens jetzt müssten große Schichten der denkfähigen Bürger darüber nachdenken, wie eine solche Krise entstehen konnte. Doch in den Zeitungskommentaren oder den Leserzuschriften liest man nur Teilanalysen des Geldunsinns. Es muss hier noch einmal betont werden: Unser Geldwesen ist ein Geldunwesen!

Drei Fehler wohnen ihm inne! Zwei moralische und ein geldtechnischer.

1. Unsere Geldgesetze räumen den Geschäftsbanken das Geldzuteilungsmonopol ein sowie das Geldverteilungsmonopol. Dieses Monopol ermöglicht einen leistungslosen Zinsaufschlag. Leistungsloses Einkommen aber ist Schmarotzereinkommen. Dies ist moralisch verwerflich. Wenn z.B. 100 Mrd jährlich ins Volk fließen, so verdienen die Geschäftsbanken bei z.B. 3% Zinsaufschlag zum Diskontsatz 3 Mrd praktisch leistungslos.

HUMOR



Rhein-Zeitung 1.1.2009

„Pferdefüßen“, die Gesells Forderung auf Freigeld habe. Wir sollten darauf verzichten, weil die „Weitergabe des Geldes einfacher erreicht wird durch eine allgemei-

ne Geldentwertung. Das ist natürlich konkret Inflation. Die Ergokratie bringt das Kunststück zuwege, eine Inflation zu erzeugen, ohne daß das Volk geschädigt wird....Wie ist das zustande zu bringen? Dadurch, daß das vermehrte Geld dem Volk zinslos geschenkt wird.

Der Gedanke, eine stetige Geldentwertung sei im Prinzip gleichbedeutend mit Freigeld, wurde schon zu Gesells Lebzeiten vorgebracht. Er wurde immer wieder, schon von Gesell, ad absurdum geführt, aber leider finden sich bis heute Leute, die meinen es besser zu wissen als der Mann, der als erster wissenschaftliches Denken in die Geldfrage brachte. Alle Experten, die nach Gesell gekommen sind, wußten nichts besseres als al entweder von ihm abzuschreiben, an ihm herumzumäkeln oder Kompromisse vorzuschlagen. Sie sehen zwar die Übel, die das kapitalistische Geld im Wirtschaftsleben und der Menschheit anrichtet, sie sehen die Notwendigkeit einer Geldreform ein, aber in charakterchwacher Inkonsistenz soll das kapitalistische Ausbeutungssystem abgeschafft und zugleich beibehalten werden. Dr. Bohns Vorschlag einer planmäßigen Inflation ist genau das.

Es nützt nämlich gar nichts, wenn „das vermehrte Geld dem Volke zinslos geschenkt wird“. Auch *bei einer Inflation verliert das Dauer-Geld keineswegs seine Überlegenheit über der Arbeit und den Waren*. Infolge dessen wird es selbst dann, wenn es „dem Volke zinslos geschenkt wird“ - in der Wirtschaft einen Zins erpressen können! Da ja nach den Träumen der „Ergokraten“ an eine planmäßige, das heißt vorhersehbare Inflationsrate gedacht wird, muß nämlich jeder Bürger (Kreditnehmer) damit rechnen, daß die Bank ihm trotzdem Zins abfordert, und zwar Kapitalzins plus Inflationsprämie, genannt Diskont! Wagt da noch einer zu sagen, die Macht der Banken ließe sich durch eine bloße Geldvermehrung brechen?

Die Idee der „gesteuerten Inflation“ der „Ergokraten“ ist aus anderen Gründen noch verwerflicher als alles andere, was Verwässerer von Gesells Reformen vorbringen.

Den Geldzeichen im Nennwert von einige Milliarden stehen auf Geld lautende Verträge gegenüber, die in hunderte von Billionen gehen. Wird das Geld planmäßig oder unplanmäßig entwertet, so werden sämtliche Forderungen auf Geld mit entwertet. Sparguthaben, Versicherungen, Hypotheken, Löhne, Gehälter, Verträge, erhalten kaufkraftmäßig einen Bruchteil dessen zurück, was sie hineinsteckten. Andererseits verdienen alle Schuldner, weil sie ihre Schuld mit geringerem Aufwand zurückzahlen können. Sachgutbesitzer, etwa von Häuslern, Fabriken, Land, erlösen stetig mehr für ihren Besitz, wenn sie ihn „realisieren“. Wie soll dem abgeholfen werden? Nichts wird von Dr. Bohn und seinen Freunden darüber gesagt. Wollen sie sämtliche Verträge und Dokumente alljährlich an der Inflationsrate korrigieren? Ein unvorstellbarer Aufwand! Aber als erstes bleiben die Löhne zurück! Würden die Schaffenden das still hinnehmen, weil Dr. Bohns Freunde es so wollten? Aber auch seitens der Arbeitgeber würde sich erheblicher Widerstand erheben, wenn sie gezwungen werden, die Löhne stetig anzuheben! Bedenken die „Ergokraten“ denn nicht, daß die meisten Erzeugnisse eben wegen der Löhne und Materialkäufe (sowie aufgrund unzureichender eigener Finanzdecke)

unzureichender eigener Finanzdecke) vorfinanziert werden müssen, das heißt, Bankkredit beanspruchen? Ein wenig Denken im Sinne Gesells sieht da ungeahnte Möglichkeiten für jeden entschlossenen Kapitalisten. Im Vorschlag von Dr. Bohn stecken in der Tat mehr „Pferdefüße“ als ihm lieb sein könnte, er sieht sie nicht und trotzdem will er uns zu seinen Ideen bekehren.

Wir sehen darin keinen Vorteil und Nutzen, keine Erleichterung, und für ihre praktische Verwirklichung bestehen weit geringere Aussichten als für Freigeld und Freiland. Auch die „Ergokraten“ brauchen politische Macht, aber selbst wenn sie die irgendwie erhielten, dem Kapital wäre es ein Kinderspiel, ihre Vorschläge im Sinne des Kapitalismus sehr schnell und restlos zu entwerten. Das „gemeinsame Fundament“ mag vorhanden sein, weil Dr. Bohn bei Gesell in die Schule ging, aber „die Ergokratie bringt“...damit KEIN „Kunststück zuwege“.

WIR hingegen besitzen den Plan eines Gebäudes dafür, das allen Stürmen und Beben standhalten wird: Wir wollen die Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Arbeit und Waren, wir wollen einen festen, stabilen, wissenschaftlich festgelegten Durchschnitts-Geldpreis, und damit die Sicherheit aller Verträge, wir wollen vor allem das Monopol des Staates in der Geldverwaltung durchsetzen, wir wollen die Ausbeutung durch das Grundeigentum beseitigen.

Dr. Bohn hat nichts vergleichbares vorzuzeigen. Wir sind der Ansicht, daß Kompromisse mit dem Kapitalsystem unmöglich sind und jeder Einsatz, jedes Wort für „weniger als Freiwirtschaft“ vergeudete Kraft und Zeit sind.

Können wir hoffen, daß man jetzt bei Dr. Bohn und seinem Kreise darüber nachdenken wird ? .

Georg Kausch

*

Leserbrief zu Konjunkturpaket II und Schuldenuhr, veröffentlicht in der Rheinpfalz v. 14.+16.01.09

Laut Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler hat sich die Geschwindigkeit des (zinsbedingten) Zuwachses der Staatsverschuldung infolge der jüngsten Neuverschuldung der öffentlichen Hand fast verzehnfacht. Damit wächst binnen eines Jahres der Schuldenstand um weitere 140 Milliarden, also fast dreimal die ungeheuren 50 Milliarden des Konjunkturpakets II! Und davon sollen die Bürger „profitieren“(...)! Doch wer soll das jemals bezahlen?? (...) Wer lebt eigentlich die monströsen Summen aus, und kassiert anschließend (...) noch viel monströsere? Diese Frage finde ich fast nie gestellt, und erst recht nie beantwortet! Dabei ist sie der eigentliche Skandal: Dass Personenkreise, die im Geld schwimmen, dank der Finanzkrise – und auf Kosten der „kleinen Leute“ - ihr Geld noch exponentiell vervielfachen! Und all das, weil die Ideologie des Wachstums nicht angetastet werden darf – denn damit würde ja auch das Zinssystem angetastet.

„Es gibt keine Alternative“, heißt es regelmäßig. Doch, es gibt sie, nur wird sie im Interesse der Zinsprofiteure seit Jahrzehnten systematisch totgeschwiegen: Die 1916 von Silvio Gesell umfassend dargelegte „Natürliche Wirtschaftsordnung“ (NWO) ohne die Zinsspeitsche, 1932 im österreichischen Wörgl 13 Monate lang mit

durchschlagendem Erfolg praktiziert (25 % Rückgang der Arbeitslosigkeit, während sie im übrigen Land um 10 % zunahm!), dann aber von den Zinsfetischisten der Wiener Nationalbank wieder abgewürgt. Seit Jahren gibt es in Deutschland kleine Projekte nach Gesell'schem Muster: Regiogeld – im Chiemgau, im Berchtesgadener Land, sogar einen „Pfälzer“ gibt es – aber noch wagen sich keine Promis (...) hervor, die einzutreten wagen für die Alternative, zumindest als Ergänzung zum Euro. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass der Wahn des immerwährenden Wachstums schon am Zusammenbrechen ist. (...). Doch hoffentlich begreifen wir vorher, dass uns „Rettungspakete“ nur noch tiefer in den Strudel reißen, und dass das Gebot der Stunde heißt: Umsteuern, weg vom Zinssystem! (...) *Eckart Emrich, Zweibrücken*

Aus einem Brief an Hermann Benjes

Geld an sich sei ganz neutral, /weder gut noch schlecht,/ lehrt der Lehrer der Moral,/ aber hat er recht? Einst war Geld, so geht die Mär,/ Gold und Silber und recht schwer. Heutzutage ist's papieren,/ auf der Waage kaum zu spüren,) oder gar nur nackte Zahl / am Computerterminal. / Dennoch drückt es nach wie vor / mehr nach unten als empor,/ drückt am meisten, gar nicht komisch;/ den, der keins hat, ökonomisch,/ bis er jenem Druck entflieht / durch Verpfändung und Kredit. Diesen schöpft der Mensch aus Quellen,/ die auch fließen, wenn sie fehlen,/ was ein Wunder Gottes wäre,/ wär's kein Trick der Großbankiere,/ die aus Null und Nix kreieren / und als Buchgeld kumulieren,/ was die Welt in Ketten schlägt: / Wuchergeld, das Zinsen trägt. Lieber Lehrer der Moral!/ Nein! Du hast nicht recht!/ Unser Geld ist nie neutral,/ sondern gut – und schlecht! Wenn der Mensch das Gute tut,/ bleibt sein Geld von selber gut./ Doch wenn er es pervertiert,/ zweckentfremdet, zinszentriert,/ diebisch frech als Ware nutzt / oder – peng! – im Krieg verputzt / und als Raffgeld, wie man sagt,/ rastlos um den Globus jagt,/ kurz wenn er als Bruder nicht,/ sondern wie ein Räuber handelt,/ wird sein Geld zum Weltgericht,/ das die Welt zur Hölle wandelt. / Wuchergeld, du Gott der Welt,/ Spieling ohn' Erbarmen,/ wer hat dich zum Herrn bestellt,/ wer zum Feind der Armen?/ O steig herab vom Herrenthron!/ Entlass uns aus der Zinsenfron!/ O Räubergeld du Larvending, / wann endlich wirst du Schmetterling?

Winfried Jäger, Vorarlberg

TERMINE

Allen Mitgliedern sei an dieser Stelle nochmals ans Herz gelegt, die diesjährige Mitgliederversammlung zu besuchen. Sie findet in **Kassel** im Intercity-Hotel am Samstag, dem **28. Februar ab 9:00** statt. Wir benötigen einen neuen Vorstand und suchen Kandidaten. Unsere Satzung schreibt vor, dass nur Mitglieder, die mindestens zwei Jahre Mitglied sind, diese Funktion übernehmen können. Bitte dringend zum Termin **anmelden** wegen der Buchung der Mittagessen.

Der Tagungsort liegt direkt neben dem Hauptbahnhof. Für Autofahrer **Parkmöglichkeiten**:

Es befinden sich 10 kostenfreie Parkplätze direkt vor dem Hotel. Weitere 100 Parkplätze finden Sie schräg gegenüber vom Hotel beim Bundessozialgericht. Dort kosten 24 Stunden 3,00 Euro.

BEWERBUNGEN

Kurzbewerbung als Kandidat für den Vorstandsposten des Sprechers.

Liebe Mitglieder des Deutschen Freiwirtschaftsbundes,
mein Name ist **Patrick Neumann**, 29 Jahre alt, wohnhaft in Großenhain (Sachsen) und seit Januar 2005 Mitglied des Deutschen Freiwirtschaftsbundes e.V. . Vom Beruf bin ich gelerner Verwaltungsangestellter und Logistiker. Ich begleite in meinem Heimatort ein Ehrenamt bei der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr sowie in der städtischen Arbeitslosenberatung.



Mein Anliegen ist es, mit meinem ausgesprochenen sozialen Engagement, den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland mit Hilfe meiner Kenntnisse über die Freiwirtschaft, die Hoffnung zu geben, dass eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich ist. Der Deutsche Freiwirtschaftsbund als gemeinnütziger Verein und überparteiliche Organisation hilft mir dabei, mein Anliegen zu erreichen.

Ich möchte für viele Jahre weiterhin den Deutschen Freiwirtschaftsbund e.V. unterstützen und scheue mich nicht davor auch Verantwortung innerhalb des Vereines zu übernehmen. Deshalb bewerbe ich mich als Kandidat für die Position des Sprechers.

Satire auf den letzten Drücker

Mathematik für den einfach strukturierten Stammischler:

Wer vor 18 Monaten 1.158,48 Euro in Aktien der Commerzbank investiert hat:

- musste sich 18 Monaten lang über fallende Kurse ärgern
- und hat heute noch 215,28 Euro übrig

Wer vor 18 Monaten 1.158,48 in Krombacher Bier investiert hat:

- konnte 18 Monate lang jede Woche einen Kasten herrliches Pils genießen
- war ständig heiter
- hat den Regenwald gerettet
- und hat heute noch (Achtung jetzt kommt's)...

Leergut im Wert von 223,30 Euro !

*

<< Bis Kassel! Bitte melden wer kommt!!